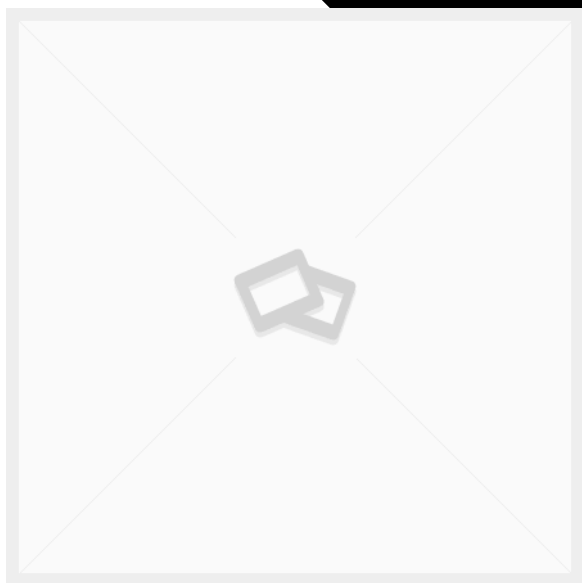


MEHR CHANCEN FÜR DEN MITTELSTAND, MEHR CHANCEN FÜR SACHSEN-ANHALT



erschienen am 8. April 2000

[Abbau](#), [Bürokratie](#), [Entlastung](#),
[Freie Berufe](#), [Mittelstand](#),
[Ostdeutschland](#), [Steuern](#), [Wettbewerb](#),
[Wirtschaft](#)

Beschluss des Landesparteitages

Der Mittelstand in Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren seine Widervereinigung bewiesen, was Facharbeitskräfte, Freiberufler, was Selbständige und Führungskräfte für Arbeitsplätze zu leisten in der Lage sind. Für gleiche Chancen der Wirtschaft Ost und West kann der ostdeutsche Mittelstand aber noch nicht auskommen. Endlich mit seiner Diskriminierung Schluss gemacht.

Seit Bundeskanzler Schröder die Steuerbefreiung der Bundesregierung abgeschafft hat, wird der ostdeutsche Mittelstand unter der Jagd auf angeblich Scheinselbstständige zu leiden. Und der Beauftragte der Bundesregierung für die Wirtschaft, Schwanitz, ist nach seiner Ernennung in der Versenkung.

Die Präsidenten von SPD und CDU verengen das Problem auf den Solidaripakt nach 2004. Für die F.D.P. ist die Fortsetzung der Wirtschaft in Ostdeutschland angesichts einer Infrastruktur- und

Produktivität um noch 40% und von erwarteten 30% im Jahre 2005 eine Selbstverständlichkeit für alle Deutschen.

- Drei von vier mittelständischen Unternehmen haben Absatzprobleme.
- Zwei von drei mittelständischen Unternehmen haben Finanzprobleme. Hauptursachen sind die hohen Fixkosten des Mittelstandes beim Zugang zum Markt für Fremdfinanzierung und der Eigenkapitalmangel. Die schlechte Zahlungsmoral, die im ganzen Land, verschärft die Finanz- und Liquiditätslage zusätzlich.
- Zwei von fünf Betrieben haben Probleme mit den hohen gesetzlichen und tarifliche Lohnzusatzkosten.

Wir fordern Vorrang für den Mittelstand in Sachverhalt.

1. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht faire Wettbewerbsbedingungen.**

Mit fairer Konkurrenz und mit internen Betriebsmaßnahmen kann der ostdeutsche Mittelstand selbst fertig. Aber die Politik muss die Wettbewerbsbedingungen verbessern. Die Gemeinde muss Schluss machen mit den Wettbewerbsverzerrungen. Die Kosten des Mittelstands durch subventionierte Arbeitsplätze, Beschäftigungsgesellschaften, Schluss machen mit der Spitzenstellung bei Objektsubventionen, die wettbewerbsverzerrend in Großunternehmen zu Gunsten des Mittelstandes verdient, wer Arbeitsplätze und Lehrstellen bereitstellt.

2. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht eine gesunde Gesundheitsreform.**

Die Gesundheitsreform darf nicht zu Lasten der Heilberufen, Ärzten und Apothekern gehen. Das Gesundheitssystem muss sich weiterhin auf die Selbstverwaltung stützen können, die fast die Hälfte der Gesundheitsberufe stellen und die in der F.D.P. ihren verlässlichen Partner finden.

3. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht Steuerentlastungen.**

Die Diskriminierung zwischen Einzelunternehmer und Personengesellschaften. Die rot-grüne Steuerreform muss in der Bundesversammlung verhindert werden. Der Bundesrechnungsausschuss verhindert werden. Der Bundesrechnungsausschuss mit 15%, 25% und 35% bringt kräftige Entlastungen für alle, einfach und leistungsgerecht. Das rot-grüne Steuerrecht hingegen ist kompliziert und mittelstandsfeindlich.

4. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht eine Entlastung bei den Lohnzusatzkosten.** Die notwendige Reform der sozialen Sicherungssysteme muss vor allem von der Sozialversicherung stärker vom Arbeitsplatz abkoppeln. Das schafft nicht nur die Voraussetzung für eine Sicherung auch für die junge Generation. So werden außerdem die Lohnzusatzkosten begrenzt, die mittelständische Arbeitsplätze wie jedes Unternehmen zur Leistung besonders belasten. Die F.D.P. wird auf der Grundlage der Entlastung für eine Stärkung privater und betrieblicher, kapitalgeleiteter Wirtschaft für die Begrenzung der Rentenbeiträge unter 18% zu einer weiteren Beteiligung an den Rentengesprächen machen.
5. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht eine Entlastung im öffentlichen Dienst.** Nach wie vor ist der öffentliche Dienst in Sachsen-Anhalt zu groß, zu unflexibel und zu teuer. Pro 100.000 Einwohner gibt es in der Bundesrepublik nur 12.000 Beschäftigte im öffentlichen Sektor mehr als in der Bundesrepublik. Das muss geändert werden.
6. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht eine bessere Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Hand.** Die von Rot-Grün beschlossene Zusammenarbeit ist nicht aus. Es ist absurd, wenn auf der einen Seite Subventionen aufgebaut werden und auf der anderen Seite die schlechte Zahlungsmoral Arbeitsplätze vernichtet.
7. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht eine Verbesserung des Ausbaus der ostdeutschen Verkehrsinfrastruktur.** Die Rot-Grüne Staupolitik, lange Genehmigungs-verfahren, die hohen Kosten müssen ebenso ein Ende haben wie die Verteuerung der Energie durch Steuern und durch Blockade konsequenter Maßnahmen im Energiemarktes: Die F.D.P. lässt sich die von ihren Mandatsträgern durchgesetzten Kostenentlastungen im Energiebereich durch rot-grünes Ökosteuer-Drahtziehen machen.
8. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht ein flexibles Tarifvertragsrecht.** Die Reform des Tarifvertragsrechts durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu den Verhandlungsbereitschaften bewegen, die vor allem der ostdeutsche Mittelstand zur Wettbewerbsfähigkeit auf eigenen, starken Beinen braucht. Die F.D.P. wird dazu trotz flächendeckender Verbandsflucht von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden nicht durchgerungen. Die F.D.P.-Bundestagsfraktion

hat in der Kommission einen Gesetzesentwurf eingebracht, den wir unterstützen.

9. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht Investitionen in Köpfe statt Subventionen für die Steinkohle, vor allem für die berufliche und schulische Ausbildung.** Die Auslastungsstärke des ostdeutschen Mittelstands schafft angesichts der Wettbewerbsfähigkeit zu mitteleuropäischen Niedriglohn-Ländern nur geringe Qualifikationsreserven vor allem ein erstklassiges Bildungssystem. In der BRD angesichts der dürftigen Haushaltsmittel auch private Investitionen in Kapital gewinnen und den Wettbewerb der Anbieter vorantreiben. Die Mehrinhalte stärker an dem ausrichten, was in der beruflichen Ausbildung wird.
10. **Der ostdeutsche Mittelstand braucht eine Beratung, über die die Einzelhändler in Abstimmung mit den Großhändlern und Werbegemeinschaften entscheiden.** Dies ermöglicht es den Unternehmen größere Flexibilität und Beratung im Wettbewerb mit den Großen.